

Warum die Schweiz den Inflations-Irrsinn der EZB nicht mitmachen sollte

«Euro-Helikopter» im Anflug

Von Prof. Thorsten Polleit, Währungsspezialist, Frankfurt

Es war doch alles so gut geplant: Die Europäische Zentralbank (EZB) war nach der Blaupause der Deutschen Bundesbank konstruiert.

Man versprach sich davon, dass der Euro so stabil werde wie die D-Mark. Zudem sollte ein Regelkorsett dafür sorgen, dass die Euro-Staaten sich nicht in eine Überschuldung hineinmanövrieren – und dass dadurch eine Situation entsteht, die geradezu in eine Inflationspolitik führt. Die Gründungsväter des Euro hatten wohl gedacht, derartige Vorgaben würden ein festes Fundament legen, um darauf den Euro zu bauen. Ein Irrtum, wie sich jetzt zeigt. Es ist alles ganz anders gekommen.

Anfang 2016 betrug die Bilanzsumme aller Eurobanken mehr als 31 000 Mrd. Euro – das sind ungefähr 300 Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Euroraum. Und um viele der Euro-Banken ist es nicht gut bestellt. Sie leiden unter chronischer Ertragsschwäche. Zudem haben sie ein Kreditproblem: Den letzten offiziell verfügbaren Zahlen zufolge sind immer noch knapp sieben Prozent ihrer Kreditforderungen als problematisch einzustufen. Das bedeutet, dass etwa fast die Hälfte des Eigenkapitals aller Euro-Banken möglicherweise perdu ist. Geht aber der Euro-Bankenapparat in die Knie, wäre es vermutlich aus mit dem Europrojekt.

Nullzinslandschaft

Aus diesem Grund greift die EZB ein, und zwar mit immer drastischeren Mitteln. Sie hat den Leitzins auf null Prozent gesetzt. Sie erhebt einen Negativzins in Höhe von 0,4 Prozent auf Guthaben, die Banken bei ihr unterhalten. Zudem wird sie in den kommenden Monaten beginnen, den Euro-Banken neue Kredite zu gewähren, die mit einem Negativzins ausgestattet sind. Die Euro-Banken verdienen dann, wenn sie sich bei der EZB verschulden! Zusammen mit den geplanten EZB-An-



Neues Papiergeld für alle, um Wirtschaft anzukurbeln?

leihekäufen in Höhe von 80 Mrd. Euro pro Monat läuft alles auf eine Nullzinslandschaft und eine gewaltige Euro-Geldmengenvermehrung hinaus.

In Fachkreisen diskutiert man bereits eifrig, was denn zu tun sein, wenn die Niedrigzinsen und die Geldmengenschwemme nicht ausreichen sollten, den Kreditfluss im Euroraum wiederzubeleben. Man ist schon fündig geworden: «Helikopter-Geld». Dahinter verbirgt sich im Kern die Idee, dass die EZB neues Geld an Bürger, Unternehmen und Staaten verschenkt. Auf diese Weise soll die Kaufkraft erhöht und die Inflation angehoben werden.

Man muss kein Hellseher sein, um zu erkennen, wohin ein Helikopter-Euro führen würde: Es käme zu einer Zerrüttung der Kaufkraft des Euro – weil immer mehr Euro-Geld in Umlauf gebracht würde in einer Weise, die keinen Bezug mehr hätten zur produktiven Leistung der Volkswirtschaft.

Schweizer Interessen

Für die Schweizer Wirtschaft hätte das natürlich Folgen. Zum einen ist da der Schweizer Aussenhandel, der von einer Ent- und Abwertung des Euro betroffen wäre. Dabei ist jedoch zu beachten, dass für die Schweiz die Bedeutung Europas in den letzten Jahrzehnten geschwunden ist. Exportierten die Eidgenossen 1990 satte 69 Prozent ihrer Exporte nach Europa, waren es 2014 nur noch 48 Prozent; und in der gleichen Zeit fielen die Einfuhren aus Europa von 80 Prozent auf etwa 69 Prozent. Ein inflationärer Euro gefährdet jedoch unmittelbar gut 40 Prozent der Währungsreserven der Schweizer Nationalbank (SNB). Denn von ihren Auslandsanlagen in Höhe von 593 Mrd. CHF werden umgerechnet 255 Mrd. CHF in Euro gehalten.

Weil «Euro-Helikopter» tatsächlich im Anflug sind, ist es im Interesse der Schweizer, die SNB davon abzuhalten, immer mehr Euro gegen Ausgabe von immer mehr neuen Franken zu kaufen, um dadurch eine Franken-Aufwertung gegenüber dem Euro zu verhindern. Zudem sollten die Schweizer die SNB dazu drängen, ihre ohnehin de facto unverzinslichen Euro Guthaben und Euroschuldpapiere abzustossen und stattdessen Gold zu halten.

Die Schweizer gewinnen rein gar nichts, wenn sie die Ent- und Abwertungs politik des Euro, auf die die EZB hinarbeitet, mitmacht. Im Gegenteil: Sie werden ebenfalls zu Verlierern. Ein freier Wechselkurs des Franken ist unverzichtbar, weil sich die Schweizer Wirtschaft dann wettbewerbsfähig und damit zukunftsorientiert ausrichten kann. In den letzten Jahrzehnten ist ihr das immer wieder vorzüglich gelungen, und deshalb zählt die Schweiz – gemessen am Pro-Kopf-Einkommen – zu den reichsten Volkswirtschaften der Welt. Die Schweizer haben auf einen stabilen Franken gesetzt und sich gegen Inflation entschieden. Damit sind sie gut gefahren.

Thorsten Polleit

Liebe deinen Nächsten...

Glück ist das Lebensziel aller Menschen. Der Weg zum Glück besteht primär darin, Gutes zu tun. Denn «zwischen guten Menschen und den Göttern besteht Freundschaft», wusste schon der römische Philosoph Seneca. Doch was ist schon gut? Alle Parteien beanspruchen, mit ihrer Politik «Gutes» zu tun. Aber können sie alle gleichzeitig Recht haben?



Lassen Sie mich einen Vorschlag für die Definition von «gut» machen: Gut handle ich, solange ich keinem anderen Menschen schade. Schaden



bedeutet: jemandem körperlich oder seelisch schaden, jemanden zu etwas zwingen und jemanden bestehlen. Wer moralisch richtig handeln will, muss diese Regel beachten. Einverstanden?

Die Mehrheit der Menschen wird mir intuitiv zustimmen. Warum? Weil sich diese Grundregel des Zusammenlebens aus der menschlichen Natur ableitet. Will ein Mensch am gesellschaftlichen Leben teilhaben, muss er sich daran halten. Diese Regel wird auch als «Gebot der Nächstenliebe», «Nichtaggressionsprinzip», «Libertarismus» oder «Naturrecht» bezeichnet. Sie entspringt nicht einer Ideologie, sondern ist gewissermassen Naturgesetz.

Wer moralisch gut handelt, respektiert, dass jeder Mensch alleiniger Besitzer seines eigenen Körpers und seiner Arbeitskraft ist. Jeder muss für sich die Entscheidung treffen, entweder seinen Besitz mit anderen Menschen friedlich zu tauschen, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, oder sein Leben als Selbstversorger zu bestreiten. Da die meisten Menschen ersteres bevorzugen, entsteht automatisch ein Markt, auf dem Güter und Dienstleistungen zum gegenseitigen Vorteil getauscht werden. Diese natürliche Wirtschaftsordnung bezeichnet man als «freie Marktwirtschaft» oder «Kapitalismus». Wer diese Wirtschaftsordnung ablehnt, lehnt folglich auch die Nächstenliebe ab.

Ideologien wie der Etatismus oder der Sozialismus brechen radikal mit der natürlichen Moralvorstellung, indem sie einer kleinen Gruppe von Politikern und Bürokraten zugestehen, sich unrechtmässig an ihren Mitmenschen zu bereichern. Diese schwingen sich zu Herrschern auf und massen sich an, ihren Mitbürgern – unter Androhung von Gewalt – Verbote und Gebote, exorbitante Steuern, Abgaben und Gebühren auferlegen zu können.

Wer folglich moralisch gut handeln will, setzt sich dafür ein, dem Gebot der Nächstenliebe wieder zum Durchbruch zu verhelfen. Dies gelingt nur, indem wir den Staat – den Zwangsapparat der Herrschsüchtigen – in die Schranken weisen.

Olivier Kessler